

EDITORIAL

Wieder einmal ging es – coronabedingt – zu einer Kreistagssitzung nach Osterode. Der bereits im Vorfeld der Sitzung geäußerte Wunsch nach einer möglichst zeitsparenden Sitzungsbeteiligung wurde gleich zu Beginn mit einer Debatte zur Tagesordnung in Rekordlänge ad absurdum geführt: als die Tagesordnung stand war fast eine halbe Stunde verstrichen.

Fraktion DIE LINKE. im Kreistag
Kreishaus, Zi. 66
Reinhäuser Landstr. 4
37083 Göttingen
Tel 05 51-525 2108

dielinke@landkreisgoettingen.de
dielinke-goettingen.de/kreistag

TOP 14 – Nachtragshaushalt 2020/21

Für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 war Anfang 2020 zunächst ein Doppelhaushalt verabschiedet worden, der in der aktuellen Situation natürlich nachgebessert werden musste.

Unsere Kreistagsgruppe nahm dies zum Anlass, wieder zahlreiche (Änderungs-)Anträge zu stellen, u.a. zur Neuauflage des Gedenkbuches für die jüdischen Einwohner/innen, den Gedenkweg Helmetalbahn, Verbesserungen in der Jugendhilfe sowie für Schulkinder, hier insbesondere im Zusammenhang mit den Auswirkungen der Pandemie. Wie üblich stießen unsere Vorschläge nicht auf die Zustimmung der Kreistagsmehrheit. Die zuständige Dezernentin befürchtete im Vorfeld gar, eine Umsetzung unserer Vorschläge würde den Landkreis „ruinieren“.

Debattiert wurde insbesondere auch über die Höhe der Kreisumlage. Die CDU preschte hier wie üblich vor und forderte eine Senkung; Unsere Gruppe sah das wie auch die Verwaltungsgruppe anders und so hatte dieser Vorstoß keine Chance. In der Beratung wurde betont, dass die Gemeinden auch bei dem von uns favorisierten Modell der finanzieren von Einzelmaßnahmen in anderen Bereichen entlastet würden.

In der Debatte wurde auch deutliche Kritik an der Aufstellung des Nachtragshaushaltes geübt. Eine Beratung in den Fachausschüssen fand nicht statt, allein der Finanzausschuss führte eine Schnellberatung durch.

TOP 22 – Naturschutzgebiet „Gipskarstgebiet“ bei Bad Sachsa

Bei der Ausweisung von FFH-Gebieten hinkt Niedersachsen bekanntlich hinterher und so war es erfreulich, hier einen weiteren Beschluss fassen zu können, der die Ausweisung nicht wie so oft nur als Landschaftsschutzgebiet sondern als Naturschutzgebiet vorsieht. Deutliche Kritik kam hierbei von der CDU, die sich offensiv für die Interessen eines ansässigen Unternehmens einsetzte. Gefordert wurde daher gleich zu Beginn bei Aufstellung der Tagesordnung, die Beratung in den Umweltausschuss zurückzuleiten, um dort noch einmal mit Geschäftsführung und Betriebsrat zu beraten. Bei prinzipieller Anerkennung weiteren Gesprächsbedarfs hielt unsere Fraktion dabei an ihrer Grundhaltung fest, die Ausweisung wie geplant vorzunehmen, wie Eckhard Fascher betonte.

TOP 23 – Abfallzweckverband Südniedersachsen / Behandlungsverfahren

Hintergrund der Vorbereitung der Beschlüsse der Verbandsversammlung ist der Umbau der zentralen Anlage in Deiderode von einer Nass- auf eine Trockenvergärung, die ursprünglich sieben Mio. Euro kosten sollte, mittlerweile liegen die Kostenschätzungen bei über 20 Mio. Für den Landkreis Göttingen wurde das geplante Vorhaben gegen die Stimmen unserer Kreistagsgruppe im Oktober 2019 von den übrigen Parteien beschlossen, da andernorts ähnliche Anlagen mit einer wesentlich kostengünstigeren Modernisierung betrieben werden.

Eckhard Fascher wies in seinem Redebeitrag nochmals darauf hin, dass viele Alternativen nicht geprüft wurden und dass auch die Kritik aus Northeim keine Berücksichtigung gefunden habe. Auch der Klimaschutz werde nur schwach berücksichtigt, gleichwohl ergebe sich in allen vorgelegten Berechnungsmodellen eine Umstellung auf Trockenvergärung, was SPD-Heinze dann aufgriff um sich selbst für die vorgeblich so gute Entscheidung zu loben.

TOP 29 – Anfrage Bildungs- und Teilhabepaket

Nochmals hakte unsere Gruppe durch eine Anfrage beim Thema außerschulische Mittagsverpflegung nach, da es für Anspruchsberechtigte des Bildungs- und Teilhabepaketes im vergangenen Jahr zu erheblichen Problemen gekommen war.

Konkret wurde gefragt, welche Maßnahmen zur Sicherstellung einer außerschulischen Mittagsverpflegung derzeit angeboten werden, wie darüber informiert werde und wie das Angebot genutzt wird.

Gegenwärtig besteht laut Auskunft der Verwaltung die Möglichkeit der Lieferung eines warmen Essens durch verschiedene Dienstleister. Die Angebote würden jedoch nur verhalten in Anspruch genommen. Bedürftige können sich bei den Jobcentern und den Sozialämtern hierzu beraten lassen.